

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

hat Forsa Sie kürzlich angerufen? Gut möglich. Denn die Meinungsforscher wollen im Auftrag des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) in Berlin und Hamburg herausfinden, in welcher Stadt die Olympia-Begeisterung am größten ist.



Am 21. März will der DOSB dann entscheiden, ob er die Hauptstadt oder die Hansestadt ins Rennen um die Olympischen Spiele 2024 schickt. Darum stimmen Sie am Telefon für Berlin. Werben Sie bitte auch im Gespräch mit Familie, Nachbarn und Freunden für Berlin. Niemand kann das weltweit größte Sportereignis besser ausrichten als unser Berlin. Ich werbe für bescheidene Spiele, die Berlin behutsam weiterentwickeln. Nicht Berlin muss am Ende zu den Spielen passen, sondern die Spiele zu Berlin. Wenn das Internationale Olympische Komitee sich darauf einlässt, dann werden wir die besten Spiele aller Zeiten präsentieren. Denn mal ehrlich: Hamburg ist eine wunderschöne Stadt, aber Olympische Spiele gehören einfach nach Berlin.

Doch bis 2024 bleibt noch viel zu tun und gut zu arbeiten. Berlin erwirtschaftet im Moment jährlich etwa eine Milliarde Euro Überschüsse. Mit der einen Hälfte tilgen wir die Schulden. Den Rest investieren wir in Schulen, Schwimmbäder, die Feuerwehr und die zwölf Bezirke. Ich freue mich schon jetzt auf das Geld, das zusätzlich nach Tempelhof-Schöneberg fließen wird. Ein gelungener Start in das politische Jahr 2015!

Ihre Dilek Kolat
Vorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg



Nollendorfplatz: Aus dem Verkehrsknotenpunkt soll wieder ein schmucker Platz werden.

Foto: Hans Kegel

Ein neues Tor zur City West

Mehr urbane Qualität: Der Nollendorfplatz soll umgestaltet werden

Breite Gehwege, die zum Flanieren einladen, Grünflächen, viel Platz für Radfahrer. Das wünschen sich Anwohner und Besucher des Nollendorfplatzes, um den herum ein lebendiges Kiezleben, aber auch viel Autoverkehr tobt. Die Wiederbelebung des „Nolli“ schwebt auch Planern vor.

Der geschichtsträchtige Platz wurde vor gut 150 Jahren nach Plänen des Landschaftsarchitekten Peter Josef Lenné angelegt. In den wilden Zwanzigerjahren war er Zentrum des literarischen Lebens, im „Metropol“ begeisterten zeitkritische Theateraufführungen das Publikum. Jetzt soll der Platz

wieder ein attraktives Tor zur City West mit Tauentzienstraße und Kurfürsten-damm werden.

Die ersten Schritte zur Umgestaltung sind bereits getan. Im Januar beauftragte das Bezirksamt ein Planungsbüro mit der Konkretisierung eines ersten Entwurfs aus dem Vorjahr. Auch die BVG ist mit von der Partie: Sie will die U-Bahnanlage sanieren und plant außerdem die Erneuerung der Tunneldecken und des Hochbahnviadukts, der zu Mauerzeiten den legendären Flohmarkt „Nolle“ beherbergte. Zudem wird die Mittelinsel fußgängerfreundlich vergrößert und begrünt.

Noch allerdings liegt alles nur auf dem grünen Tisch. Denn der Bezirk, der die Umgestaltung des verkehrsumtosten Areals im Grundsatz beschlossen hat, kann das Vorhaben nicht bezahlen.

Die SPD-Fraktion in der BVV hofft darauf, dass der Senat die nötigen Mittel bereitstellt. „Als zukünftiges Tor zur City West hat das Vorhaben gesamtstädtische Relevanz“, so Christoph Götz, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

Durch die Umgestaltung würde der Platz erheblich an urbaner Qualität gewinnen. Denn in der Nachbarschaft gibt es viele Läden und Cafés.

Der Wochenmarkt auf dem Winterfeldplatz ist Magnet für Kiezbewohner und Touristen aus aller Welt. Rund um den Nollendorfplatz hat die schwul-lesbische Szene eine Heimat gefunden. An ihre Verfolgung in der NS-Zeit erinnert eine Gedenktafel am U-Bahnhof.

Und wenn der neue Nollendorfplatz fertig ist, können sich Liebespaare auf seiner Mittelinsel vielleicht wieder die Ehe versprechen wie 1942 Helmut und Hannelore, der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt und seine Ehefrau „Loki“. Auch dies gehört zur Geschichte des Nollendorfplatzes.

Volker Warkentin

IN DIESER AUSGABE

TREND TAUSCHEN

Bücher für die Nachbarschaft.

Seite 2

FRAUEN STÄRKEN - FAMILIEN ENTLASTEN

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Seite 3

PRO & CONTRA: OLYMPIA IN BERLIN

... oder ein beherztes Ja und ein Ja, aber

Seite 7

ASYLBEWERBER: WARTEZEIT NUTZEN

Netzwerk ARRIVO vermittelt Talente

Seite 7

Neues Super-Schwimmbad

Senat plant den Bau eines Multifunktionsbads in Mariendorf

Frohe Kunde für alle Wasserratten im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Der Senat hat den Bau eines Superschwimmbads in Mariendorf beschlossen. Dafür und für ein weiteres Bad in Pankow will die Landesregierung fast 60 Millionen Euro ausgeben. Das Abgeordnetenhaus muss die Pläne aber noch billigen und vor allem das Geld bereitstellen.

Insgesamt betreiben die Berliner Bäderbetriebe BBB in der Umgebung des neuen Multifunktionsbades am Mariendorfer Ankogelweg, in dem man es sportlich, aber auch gemächlich angehen lassen kann, drei Bäder. Sie sind in die Jahre gekommen, und ihre Sanierung wird Millionenbeträge ver-

schlingen. Das neue „Sport- und Freizeitbad Mariendorf“ wird nach den Plänen des Senats auf dem Gelände des 40 Jahren alten Kombibads Mariendorf entstehen. Nach einem Konzept der Bäderbetriebe könnte es aus einem Sportbad mit einer 50-Meter-Bahn, einem Freizeitbereich mit einem 25-Meter-Becken, einem Sommerbad und einer Saunalandschaft bestehen.

Für den Standort Ankogelweg spricht aus Sicht des Senats die zentrale Lage im Bezirk und die Nähe zur U-Bahn-Linie U6 sowie fünf Buslinien. „Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist von zentraler Bedeutung“, argumentiert die Landesregierung in ihrem Bäderkonzept und verweist auf die Schwimm- und Sprunghalle

im Europasportpark (SSE). Weil die Halle direkt am S-Bahnhof Landsberger Allee liegt machen jährlich fast 700.000 Gäste die SSE zum beliebtesten öffentlichen Bad.

Durch den Bau des neuen Bades entfällt auch die notwendige Sanierung des mittlerweile 40 Jahre alten Kombibades Mariendorf, die die Bäderbetriebe rund 15 Millionen Euro kosten würde. Schließlich liegt das geplante 365-Tage-Bad, das auch für Sportvereine, Schulen und Kindertagesstätten offen ist, in einem großen Wohngebiet. Viele Besucher können damit ganz sportlich zu Fuß zum Schwimmen gehen.

Der Baubeginn steht noch nicht fest. Für die Arbeiten veranschlagt der Senat etwa zwei Jahre.

tin



Mi 11.03. | 20 Uhr
Jutta Rosenkranz liest: Zeile für Zeile mein Paradies - Bedeutende Schriftstellerinnen
Mittelpunktbibliothek
Schöneberg, Hauptstraße
40, 10827 Berlin

Do 12.03. | 19 Uhr
Fotoausstellung - Vernissage: Marion Schütt "Schlaglichter - Frauen in der Kultur"
Rathaus Schöneberg,
Foyer, John-F.-Kennedy-
Platz, 10825 Berlin

Seit dem 7. März ist es wieder so weit: Der Frauenmärz ist mit einem großen Fest eröffnet. Schon die Festrednerin Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, macht deutlich, dass sich der Frauenmärz in diesem Jahr den Frauen in der Kultur widmet. Und fragt: Wie steht es um die Frauen in der Kultur? Was sind ihre Lebenswege? Wie geht es den jungen Künstlerinnen, wo stehen sie? Der Frauenmärz begibt sich auf Spurensuche und stellt Frauen und ihr Leben in und mit der Kultur vor.

mehr auf Seite 8

MELDUNGEN

KEINE VERDRÄNGUNG

Die Schöneberger Insel, der Kiez zwischen Cherusker-, Goten-, Leber-, Gustav-Müller- und Naumannstraße, ist vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg zum sozialen Erhaltungsgebiet erklärt worden.

„Dies ist ein wichtiger und richtiger Schritt, um die Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort vor sozialer Verdrängung zu schützen“, sagte Michael Müller, Regierender Bürgermeister und Wahlkreisabgeordneter für die Schöneberger Insel. „Mit der kommenden Umwandlungsverbotsverordnung kann zukünftig auch in diesem Gebiet der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter bestimmten Voraussetzungen entgegengetreten werden.“

Weitere soziale Erhaltungsgebiete im Bezirk sind die Bereiche um Barbarossaplatz und Bayerischer Platz, an der Bautzener Straße und um den Kaiser-Wilhelm-Platz.

GRÜNE NORD-SÜD-VERBINDUNG

Grün verbindet: Zwischen Monumentenbrücke und dem Alfred-Lion-Steg wird die Lücke im Nord-Süd-Grünzug geschlossen. Ab Herbst wird es eine durchgehende Wegverbindung vom Potsdamer Platz zum Südkreuz und weiter zum Insulaner geben.

„Es werden bestehende Parks attraktiv verknüpft und viele neue interessante Rad- und Fußverbindungen bis in das Stadtzentrum entstehen“, so Christoph Götz, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bezirk. Probleme gibt es beim angrenzenden Grünzug im Wanneseebahngraben: Auf Betreiben einer Umweltschutzorganisation wird die geplante Fällung von Bäumen gerichtlich überprüft. Wird die neue Verbindung nicht bis Ende 2016 fertig, könnten Fördermittel entfallen. „Der Schaden wäre immens“, so Christoph Götz.

TSaktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber
SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 7812283
spd-tempelhof-schoeneberg.de
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat
Auflage: 20.000

Redaktion dieser Ausgabe
Eva Liebchen, Frank Zimmermann, Ingo Siebert, Manuela Harling, Mario Grotjohann, Petra Rudolphi-Korte, Sabine Mauer, Dr. Stefanie Schmidt, Ulrich Horb, Volker Warkentin
Satz und Layout:
interdialog.berlin, spd.berlin
Druck:
Henke Pressedruck, Berlin

Musikfreunde im Bezirk

Die Leo Kestenberg Musikschule Tempelhof-Schöneberg

In der Leo Kestenberg-Musikschule sind Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene willkommen: „Jeder Mensch hat eine angeborene Musikalität“, lautet die Philosophie der nach dem jüdischen Sozialisten Leo Kestenberg benannten Einrichtung. Kestenberg, der selbst nicht studiert hatte, reformierte um 1920 die gesamte Musikerziehung.

Das Angebot der Schule - mit gut 4000 Schülern eine der großen Musikschulen Deutschlands - umfasst ein abwechslungsreiches Pro-

gramm von „musikalischen Wandertagen“ für Schulklassen zum „Instrumentenkarussell“, das Kinder spielerisch an unterschiedliche Klänge heranführen und sie fürs Experimentieren begeistern soll. Schon für die Kleinsten ab eineinhalb Jahren gibt es Angebote, und das sinfonische Jugendorchester der Schule hat sich in Berlin bereits einen Namen gemacht.

Die Kursgebühren werden zum Teil durch Unterstützungsgutscheine des Jobcenters abgedeckt, das reicht aber nicht, um die Musikpädagogen angemessen zu bezahlen.

Sie sind gering bezahlte Honorarkräfte und fordern ein Angestelltenverhältnis auf der Basis eines Tarifvertrags, denn die engagierten Akademiker fürchten sich vor Altersarmut. Nach 25 Jahren Erwerbstätigkeit stünde ihnen derzeit nur eine Brutto- rente von etwa 500 Euro zu.

Ironie des Schicksals: Die aktuellen Stundensätze liegen trotzdem im oberen Bereich des Bundesgebiets, was die Nachfrage einschränkt.

Es ist also nicht alles so harmonisch, wie es sein sollte.

Sabine Mauer
Mehr Infos: lkms.de



Hauptsitz der Musikschule ist im denkmalgeschützten Haus am Kleistpark und es gibt zwei weitere Standorte in Schöneberg und Alt-Mariendorf. Der Unterricht findet dezentral in vielen Schulen und Einrichtungen statt. Bild: TSaktuell



SPENDEN FÜR DIE WARMLUFTHALLE „HALLE-LUJA“

Seit November steht auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhof Wilmersdorf die Warmlufthalle, die jede Nacht hundert obdachlosen Männern eine Unterkunft bietet. Für die „Halle-Luja“ sammelten die Mitglieder der SPD und der AWO Friedenau auf dem Friedenauer Engelmarkt insgesamt 620 Euro an Spenden. Doch die Mitglieder von SPD und AWO Friedenau sammelten nicht nur Geld, sondern packen auch bei der Essensausgabe vor Ort mit an. Helferinnen und Helfer sind immer willkommen und können sich bei den Mitarbeiterinnen der Berliner Stadtmission e. V., Batya Benner und Anna Singatulina, melden: nue3@berliner-stadtmission.de.

Bild: Matthias Geisthardt

Vorrang für Wohnen

Neues Konzept zur Reißbeckstraße

Das Areal um die Kreuzung Mariendorfer Damm/ Reißbeckstraße ist zur Zeit vor allem ein verkehrsgerechter Durchgangsort. Nun soll nach dem Willen der SPD und der Grünen ein attraktives kleines Stadtzentrum entstehen.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat auf Anregung der SPD beim Stadtentwicklungsamt eine Studie in Auftrag gegeben. Ergebnis: Der bislang weitgehend ungenutzte Streifen zwischen Mariendorfer Damm und Heidefriedhof könnte in Abstimmung mit den Anrainern aufgewertet werden, da es sich um öffentliches Eigentum handelt. Hier

könnten 250 Wohnungen entstehen – und zwar nachhaltig, sozial verträglich und nach neuesten Lärmschutzrichtlinien erbaut. Es gibt bereits erste Überlegungen, wie man die Wohnqualität im Kiez um die Reißbeckstraße insgesamt verbessern könnte.

Dazu müsste allerdings der alte Plan verworfen werden, die Reißbeckstraße zu verbreitern. Der Beschluss der BVV fiel gegen die Stimmen der CDU.

Für die Anwohner soll ein menschenfreundliches statt autogerechtes Konzept entwickelt werden – es ist dem Kiez zu wünschen!

Redaktion TSaktuell

Mersin braucht Hilfe

Unsere Partnerstadt beherbergt etwa 100.000 Geflüchtete

Die Partnerstadt Mersin ist der wichtigste Zufluchtsort für Menschen aus den Kriegsgebieten in Syrien.

Vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat haben sich etwa zwei Millionen Syrer in die Türkei geflüchtet. Viele haben in Mersin Zuflucht gefunden, der Partnerstadt von Tempelhof-Schöneberg. Die Universität von Mersin geht davon aus, dass etwa 100.000 Geflüchtete in der Hafenstadt leben, die 150 Kilometer von der Grenze entfernt ist. Das entspricht etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Etwa ein Drittel der Syrer sind Kinder und Jugendliche.

Die meisten Flüchtlinge sind arm. Wenn sie nicht bei Verwandten unterkommen können, finden sie nur unter großen Problemen in der Stadt ein Dach über dem Kopf. Denn der türkische Staat leistet so gut wie keine Unterstützung. Und so kommt Hilfe für die Flüchtlinge meist aus der Bevölkerung. Viele der Neuankömmlinge stammen aus dem kurdischen Teil Syriens, etwa aus der bis vor kurzem umkämpften Stadt Kobane. Die Geflüchteten werden vor allem von kurdischen Bewohnern Mersins unterstützt, die schon in den 1990ern vor dem Krieg zwi-

schen der Armee und den kurdischen PKK-Rebellen in Ostanatolien an die Südküste geflohen sind.

Rudi Blom, Vorsitzender des Freundschaftsverein Berlin-Mersin e.V., hat im Rahmen eines Austauschprojekts einen syrischen Verein und eine Schule in Mersin besucht, die versuchen für die vielen syrischen Kinder und Jugendlichen einen Schulunterricht zu organisieren. „Gerne würden wir diese Aktivitäten für Bildung der Kinder und Jugendlichen im Rahmen unserer Städtepartnerschaft stärker unterstützen“, sagt Blom. Krimi-



EU-Austauschprojekt Mersin-Tempelhof-Schöneberg vor der Sun Future School für arabische Schülerinnen und Schüler

nalität und Prostitution von Jugendlichen und Kindern gehören auch zu den Auswirkungen der barbarischen Vertreibung. Mitglieder eines zivilgesellschaftlichen Vereins bemühen sich, mit viel zu ge-

ringen Mitteln, um die Resozialisierung der Betroffenen. Hilfe für beide Projekte aus dem Berliner Partnerbezirk wäre sehr willkommen, so Blom.

Ingo Siebert
www.berlin-mersin.de

Bücherschrank für den Kiez

Neue Ideen für nachbarschaftliches Engagement - Ergänzung zu MedienPoints

Es gibt sie bereits in vielen Städten – und auch in Berlin: öffentlich zugängliche Bücherschränke, in denen LeserInnen nicht mehr benötigte Bücher abgeben und andere ihr Wunschbuch finden können. Kostenlos, einfach, schnell und anonym.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat jetzt auf Antrag der SPD beschlossen, dass auch im Bezirk an geeigneter Stelle ein solcher Bücherschrank aufgestellt werden soll, zum Beispiel in Alt-Mariendorf oder am Breslauer Platz. Dazu soll –

um die Kosten für die öffentliche Hand möglichst gering zu halten – mit einem freien Träger kooperiert werden. Das nutzt auch dem bürgerschaftlichen Engagement.

Öffentliche Bücherschränke, die zum Beispiel in ausgedienten Telefonzellen unter-

gebracht werden können, um die Bücher vor Witterungseinflüssen zu schützen, sollen die bestehenden Angebote ergänzen.

Konkurrenz für die im Bezirk bestehenden MedienPoints oder Tauschregale sind sie nicht, da diese nur zu

bestimmten Zeiten oder für bestimmte Gruppen zugänglich sind. Sie sollen vielmehr ein niedrigschwelliges Angebot für alle die sein, die nicht wissen, wohin mit ihren Büchern. Und für alle, die nach neuem Lesestoff hungern.

Stefan Böltes

Auf dem Weg zur frauenfreundlichen Stadt

Im Stadtblatt-Interview: Dilek Kolat, Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

Berliner Stadtblatt: Frau Kolat, als Sie vor 20 Jahren in die SPD eingetreten sind, fand zeitgleich die Welt-Frauenkonferenz von Peking statt, die die Rechte von Frauen weltweit schützt und Gewalt ächten wollte. Wie aktuell ist der damalige Forderungskatalog heute?

Dilek Kolat: Im Zentrum stand die Auseinandersetzung um die Geltung der Menschenrechte als universelle Frauenrechte. Die Menschenrechte schließen das Recht von Frauen ein, frei über ihre Sexualität zu entscheiden, ohne Zwang, ohne Diskriminierung, ohne Gewalt. Das wurde damals sehr hart erkämpft. In der Bundesrepublik Deutschland hat es von da an wichtige Fortschritte gegeben: vom Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz 1996 über das Gesetz zur Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe 1997, die Verankerung von Gender Mainstreaming als Leitprinzip der Verwaltung 2002, das Allgemeine Antidis-

kriminierungsgesetz 2006 bis hin zur Frauenquote in Aufsichtsräten. Dennoch ist Gewalt an Frauen weltweit und auch in Berlin weiter ein bedrückendes Problem. Häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Vergewaltigung, Ehrenmorde, Pornografie, Prostitution und Menschenhandel verletzen Frauen und Mädchen in ihrer Menschenwürde und stellen eklatante Menschenrechtsverletzungen dar.

Als Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen setzen Sie sich für eine moderne Frauenpolitik ein. Wo sehen Sie derzeit die größten Probleme und Sorgen der Berlinerinnen?

Die Berlinerinnen wollen gleichberechtigt und gewaltfrei in ihrer Stadt leben, arbeiten und an der Entwicklung der Stadt mitwirken. Sie sorgen sich um bezahlbaren Wohnraum, um eine gute Betreuung und Ausbildung ihrer Kinder. Sie wollen natürlich auch gute und faire Arbeitsplät-

ze, was übrigens auch die gleichen Löhne, wie sie die männlichen Kollegen bekommen, mit beinhaltet. Gerade für viele Alleinerziehende in Berlin ist das Armutsrisiko groß. Als Senat haben wir ein Gesamtkonzept zur Unterstützung von alleinerziehenden Frauen auf den Weg gebracht. Für Frauen, die Gewalt erleiden müssen, haben wir ein sehr gut funktionierendes Hilfesystem, von Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen bis hin zur BIG-Hotline, einer telefonischen Beratung, die immer erreichbar ist.

Berlin will eine frauenfreundliche Stadt sein. Was fehlt ihr noch, was zeichnet Berlin bereits aus?

In Berlin sind überdurchschnittlich viele Frauen erwerbstätig. Es gibt eine lebendige und vielfältige Frauenbewegung, die den Frauen Stimme und Gehör verschafft. Mit dem bundesweit beachteten „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm“ und dem



Engagiert für Frauenrechte und Gewaltfreiheit: Berlins Senatorin Dilek Kolat.

Foto: SenAlf

Leitbild „Gleichstellung im Land Berlin“ leisten wir Pionierarbeit für eine frauen-

te Verbreitung sexistischer Werbung. Ein Miteinander auf Augenhöhe verträgt keine Herabwürdigung. Hier hat Berlin die Chance, voran zu gehen und für ein Stadtbild zu sorgen, in welchem sich die Bürgerinnen selbstbewusst spiegeln können.

Welche Berliner Frauenprojekte liegen Ihnen derzeit besonders am Herzen?

Die Vielfalt der Berliner Frauenprojekte ist gleichzeitig ihre Stärke. Ob es um Fragen des Arbeitsmarkts, der Bildung, der Anti-Gewalt-Arbeit oder der Kultur geht: In den vielen Projekten zeigt sich die Kreativität, aber auch der Bedarf für jene Angebote, die an der Lebensrealität von Frauen ansetzen. Da ist es fast unmöglich, eines herauszuheben. Mit Blick auf die Weltfrauenkonferenz in Peking halte ich die Geltung und Einhaltung der Menschenrechte für Frauen – mit allen Konsequenzen für Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung – nach wie vor für zentral.

Frauen stärken – Familien entlasten

Neue familien- und arbeitspolitische Maßnahmen sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern

Man liest nun öfter von ihr: der gestressten Generation. Sie sind zwischen 35 und 45 Jahren jung, stehen mitten im Leben und jonglieren zwischen Beruf, Kindern oder immer öfter auch den pflegebedürftigen Angehörigen.

1,7 Millionen Familien mit unter dreijährigen Kindern leben in Deutschland. Mütter mit Kindern unter 18 Jahren sagen laut einer aktuellen Studie: Die Familie und der Beruf sind für mich nicht gut miteinander vereinbar. Oft ist dann von dem Bedürfnis nach „Zeitsouveränität“ oder einer „familienbewussten Arbeitszeitkultur“ die Rede.

In der Tat ist es so, dass Unternehmen und Institutionen umdenken. Angestoßen wird diese Debatte vor allem durch das SPD-geführte Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kinder. Flankiert werden die Gesetzesinitiativen aus dem Haus der Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD) vom Arbeits- und Sozialministerium unter Leitung einer weiteren Sozialdemokratin, Andrea Nahles.

Gleiche Chancen im Berufsleben

Beide Ministerien entwickeln Strategien und Maßnahmen, um Familien stärker zu entlasten und Frauen gezielter zu unterstützen. Das ist und bleibt auch heute noch dringend nötig, denn Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 22 Prozent weniger pro Stunde als ihre männlichen



Für Frauen ist es ungleich schwieriger als für Männer, im Beruf voran zu kommen und genug Zeit für die Familie zu haben.

Foto: fotolia.com - drubig-photo

Kollegen. Sie sind häufiger in unsicheren und schlechter bezahlten Arbeitsverhältnissen beschäftigt und arbeiten häufiger – oft wegen der Kinder – in Teilzeit. All dies wirkt sich massiv auf die Altersvorsorge der Frauen aus. Ganz besonders prekär wird es dann, wenn Frauen dazu gezwungen sind, Hauptnährerinnen zu sein.

Die Situation alleinerziehender Mütter oder Väter ist auch heute noch besonders schwierig. Man sagt: Setzt eine Mutter länger als zwei Jahre nach der Geburt aus und arbeitet danach in Teilzeit, holt sie den Einkommensunterschied zum männlichen Pendant in ihrer Berufsbiographie kaum noch auf. Damit das nicht geschieht, muss eines klar sein: Es geht nicht ohne Partnerschaft auf Augenhöhe und, die Politik muss da

Verbesserungen schaffen, wo die Übergänge im Erwerbsleben stattfinden.

Mehr Zeit für die Kinder

Gleichberechtigung in der Partnerschaft ist für viele Männer heute kein Fremdwort mehr: Auch sie wollen sich stärker in die Erziehung ihrer Kinder einbringen. Nicht wenige nehmen Elternzeit und tragen damit aktiv zu einem Mentalitätswechsel bei. Auch sie müssen später den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen.

Ein Recht auf Teilzeit nach der Elternzeit gibt es schon länger, doch nun wollen die SPD-geführten Ministerien das Rückkehrrecht auf Vollzeitstellen in den Blick nehmen. Bis 2016 soll es dazu eine gesetzliche Regelung geben. Insbesondere Frauen sollen nicht ungewollt in die Teilzeitfalle rutschen. Das ElterngeldPlus gilt für

Eltern, deren Kinder ab dem 1. Juli 2015 geboren werden. dadurch wird es dem Vater und der Mutter ermöglicht, die Erziehungsarbeit gleichberechtigt aufzuteilen und den Beruf weiter auszuüben. Eltern, die nach der Geburt des Kindes in Teilzeit arbeiten, können die Bezugszeit des Elterngeldes verlängern. Arbeiten beide Partner für vier Monate parallel und zwischen 25 bis 30 Wochenstunden, erhalten sie mit dem Partnerschaftsbonus vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate. Auch Alleinerziehende können ElterngeldPlus im gleichen Maße nutzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen entscheidet ganz wesentlich über die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Zudem werden mehr Unterstützungs- und Förderungsangebote für Allein-

erziehende bei der Jobsuche angeboten. Die Anhebung des Steuerentlastungsbeitrags sowie des Kindergeldes ist ein weiteres Mittel, das auch den stark beanspruchten Alleinerziehenden zugutekommen wird.

Höhere Flexibilität bei Pflegebedürftigkeit

Wenn ein Angehöriger gepflegt werden muss, ist das oft eine Belastung für die ganze Familie. Von den 2,6 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden mehr als ein Drittel zuhause gepflegt. Ist ein Angehöriger akut pflegebedürftig, kann der Arbeitnehmer bis zu 10 Tage freinehmen. In dieser Zeit hat er Anspruch auf ein Pflegeunterstützungsgeld, das die Pflegeversicherung des Angehörigen zahlt.

In den meisten Fällen jedoch heißt Pflege Langzeitbetreuung. Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer können sich bis zu sechs Monate ganz oder teilweise freistellen lassen. Seit 1. Januar 2015 können Angehörige ihre Arbeitszeit auch zwei Jahre lang auf bis zu 15 Stunden reduzieren und ein zinsloses Darlehen in Anspruch nehmen.

Zusammenhalt stärken

Sowohl das ElterngeldPlus als auch die Familienpflegezeit unterstützen Familien dabei, sich nicht zwischen Beruf und Kindern / Pflegebedürftigen entscheiden oder aufreiben zu müssen. Beide Maßnahmen stärken den Zusammenhalt in der Familie und damit auch in unserer Gesellschaft.

Doch was ist eigentlich mit den 22 Prozent Lohngefälle zwischen Mann und Frau und den gleichen Karrierechancen? Auch hier ist – für das Jahr 2016 – einiges in Planung. So wird an einem Gesetz gearbeitet, das Unternehmen ab 500 Mitarbeitern dazu zwingt, das bei ihnen bestehende Lohngefälle offenzulegen. Schon durchgesetzt ist die Regelung der Verteilung der Aufsichtsratsposten in den 100 größten börsennotierten Unternehmen. Mindestens 30 Prozent der Sitze müssen mit Frauen besetzt sein. Erfüllen sie diese Vorgaben nicht, bleiben die Stühle unbesetzt.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein gutes Stück vorangekommen, aber es bleibt dennoch viel zu tun – hier in Deutschland und weltweit.

Josephine Steffen

MELDUNGEN

HILFE FÜR START-UPS

Berliner Start-ups aus der Technologie- und Kreativwirtschaft können auf mehr Unterstützung in der Aufbau- und Expansionsphase hoffen.

Dazu werden zwei Fonds mit europäischen Fördermitteln und Eigenmitteln der landeseigenen Investitionsbank Berlin (IBB) aufgestockt. Insgesamt stehen so 100 Millionen Euro an Wagniskapital zur Verfügung. Rund 80 Unternehmen können damit erstmalig finanziert werden, bei rund 30 Start-ups soll die Finanzierung fortgesetzt werden. Etwa 1.000 neue Arbeitsplätze sollen so entstehen und mehr als 300 gesichert werden.

MEHR SELBSTANZEIGEN

Der Ankauf von „Steuer-CDs“, das Hoeneß-Verfahren und neue gesetzliche Regelungen zum 1. Januar 2015 haben im letzten Jahr zu zahlreichen Selbstanzeigen von Steuerbetrüggern geführt.

Für 2014 meldeten die Finanzbehörden 1.272 Selbstanzeigen. Das ist etwa ein Viertel mehr als im Jahr davor und eine Vervierfachung gegenüber 2012. Seit 2010 flossen aufgrund der Selbstanzeigen rund 196 Millionen Euro in die Landeskasse, allein 60 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Hier ist die Bearbeitung allerdings noch nicht abgeschlossen, mehr als 50 Selbstanzeigen gingen noch in den letzten Dezember tagen ein.

Seit 1. Januar gilt eine verschärfte Regelung bei Selbstanzeigen. Mussten bis dahin für Beträge bis 50.000 Euro nur die geschuldeten Steuern, aber keine Strafen gezahlt werden, liegt die Grenze jetzt bei 25.000 Euro. Je nach Höhe des hinterzogenen Betrags gelten unterschiedlich gestaffelte Strafzahlungen.

TOURISMUS-REKORD

Das Interesse der Touristen an Berlin ist erneut gewachsen.

2014 kamen 11,9 Millionen Gäste in die Stadt, ein Plus von 4,8 % gegenüber 2013. Es gab 28,7 Millionen Übernachtungen – plus 6,5 %. Rund 4,5 Millionen Touristen kamen aus dem Ausland, vor allem aus Großbritannien, den USA und Italien. Die stärkste Zunahme wurde bei den Gästen aus Südkorea registriert. Der Tourismus bleibt damit eine der wichtigsten Einnahmequellen Berlins.

Mit Nachhaltigkeit und Bescheidenheit

Olympia-Bewerbung: Spannung vor der DOSB-Entscheidung

Wie steht es um die Olympiabegeisterung in den beiden Bewerberstädten Hamburg und Berlin? Der Olympische Sportbund (DOSB) dürfte es in diesen Tagen genauer wissen. Ende Februar ließ er telefonische Befragungen in beiden Städten durchführen, deren Ergebnis mit in die Entscheidung für eine der beiden Städte am 21. März einfließt.

Im Februar hatten Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und die Initiatoren der Kampagne „Das lebendige Olympische Band“ rund 100.000 Unterschriften von Befürwortern einer Berliner Olympiabewerbung 2024/28 an den DOSB übergeben.

Auch Berlins Kreativszene hat sich gemeinsam mit Kulturstaatssekretär Tim Renner mit der Olympiabewerbung befasst. In einem Papier beschreiben die Kreativen, wie sie sich Olympische Spiele im Gegensatz zu den missbrauchten Spielen des Jahres 1936 vorstellen:



Mit einem angestrahnten Brandenburger Tor warb der Senat für die Spiele in Berlin

„Heute ist Berlin eine junge und internationale Stadt, der Vielfalt, der Freiheit, der unterschiedlichen Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe. Der olympische und paralympische Gedanke wird hier schon gelebt. Berlin ist auch eine Stadt, die sich

Gedanken macht, über die Schere zwischen Arm und Reich, über Gentrifizierung, über nachhaltiges Leben, ... Wenn Olympia nach Berlin kommt, dann wollen wir nicht bespielt werden, sondern mitspielen: mit unserer Kreativität, mit unserer Vielfalt, mit unseren Fragen.“

Der Präsident des Landesportbundes, Klaus Böger, ist fest davon überzeugt, dass nur Berlin für Deutschland mit Chancen antreten kann. Dazu komme ein nachhaltiges Konzept: „Wir haben bekanntermaßen 70 bis 80 Prozent der Sportstätten und ein hochfunktionie-

rendes Olympiastadion, das gerade einen grünen Award bekommen hat.“

„Die Herausforderung der Spiele setzt politisch und gesellschaftlich Energien und kreative Kräfte frei, die ansonsten in den Mühen des Alltags oftmals brach liegen“, stellt Böger fest. „Das wird der Stadt, dem Land und dem Sport in Deutschland gut tun.“ Und damit käme auch Geld in die Stadt, das Berlin sonst nicht hätte: Geld für die Instandsetzung von Sportstätten, den Verkehr, aber auch den Wohnungsbau – in Form eines Olympischen Dorfes. Arbeitssenatorin Dilek Kolat rechnet mit 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Falle einer erfolgreichen Bewerbung.

Entscheidet sich der DOSB für Berlins Reformkonzept mit weltoffenen, nachhaltigen und bescheidenen Spielen, dann haben die Berlinerinnen und Berliner das letzte Wort: Am 13. September findet eine landesweite Befragung statt. *uh*

Doppel-Erfolg beim Haushalt

Berlin investiert und zahlt Schulden zurück

Neue U-Bahnzüge für die BVG, zwei neue Multifunktionsbäder – eines an der Wolfshagener Straße in Pankow und eines am Mariendorfer Ankogelweg sowie Sanierungen in Schulen und Sportstätten, fünf neue Kitas: Berlin investiert wieder.

Dabei geht es, so sagt Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, um „ganz konkrete Einzelprojekte, die in sich abgeschlossen sind und zügig begonnen und umgesetzt werden können“.

Genutzt wird dafür die Hälfte der Haushaltsüberschüsse Berlins aus dem

vergangenen Jahr. Das sind 438 Millionen Euro. Ge-regelt ist das in einem Gesetz, mit dem vor allem die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wieder Investitionen in die wachsende Stadt ermöglichen wollte. Kollatz-Ahnen: „Wir geben nur aus, was wir haben.“ Die andere Hälfte der Überschüsse fließt in den Schuldenabbau. Seit 2007 hat Berlin rund zwei Milliarden Euro Schulden zurückgezahlt. Damit sinkt die Zinsbelastung weiter.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU kündigten inzwischen an, die

Investitionsmittel um einen weiteren Millionenbetrag durch teilweise Auflösung der BER-Rücklage aufstocken zu wollen. Damit sollen vor allem die Bezirke besser ausgestattet werden.

Die einzelnen Projekte werden nach der Beschlussfassung im Senat im Abgeordnetenhaus beraten, im April soll ein entsprechender Nachtragshaushalt beschlossen werden. Dann wird es schnell um die Auftragsvergabe gehen.

Mehr als 50 Millionen Euro sollen in die Sanierungsarbeiten an den Charité-Standorten im Wedding



Freut sich über den Haushaltsüberschuss aus 2014: Berlins neuer Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen.

Foto: Privat

und in Steglitz fließen. Ein ebenso hoher Betrag entfällt auf drei Vivantes-Standorte sowie vier weitere Kliniken. Mit sieben neuen U-Bahnzügen für knapp 60 Millionen Euro wird den steigenden Fahrgastzahlen bei den Berliner Verkehrsbetrieben Rechnung getragen.

Zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro gibt es für Kitas und Schulen. Saniert werden auch mehrere Polizei-Einrichtungen. Dem Bildungsbereich stehen zudem weitere 67 Millionen Euro aus frei werdenden Bafög-Mitteln zur Verfügung. *U. H.*

Europäische Standards sichern

Freihandelsabkommen TTIP und CETA nur mit klaren Bedingungen

Aktuell verhandelt die Europäische Union mit den USA über das Freihandelsabkommen TTIP. Ein entsprechendes Abkommen mit Kanada – CETA – ist bereits weitgehend fertig und muss nun noch ratifiziert werden.

Die SPD ist grundsätzlich für freien Handel, denn von unserer starken Exportwirtschaft hängen unser Wohlstand und viele Arbeitsplätze ab. „Doch TTIP und CETA dürfen nicht dazu führen, dass unsere deutschen und europäischen Standards beim Verbraucherschutz, beim Umweltschutz und bei Arbeitnehmerrechten gefährdet werden“, erklärt der Vorsitzende der Berliner SPD



Freihandel ja – aber nicht um jeden Preis: Jan Stöß, Vorsitzender Berliner SPD

Foto: Horb

Jan Stöß. Die SPD hat deshalb auf ihrem Parteikonvent – einem kleinen Bundesparteitag – klare Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, bevor die SPD in den Parlamenten und in der Bundesregierung

den beiden Abkommen zustimmt.

Neben den genannten Standards sieht die SPD den vorgesehenen sogenannten Investorenschutz kritisch, bei dem Unternehmen vor privaten Schiedsgerichten

den Staat auf Schadensersatz verklagen können, falls ihnen wirtschaftliche Nachteile aufgrund von Gesetzen drohen. Das hält die SPD für unnötig, denn sowohl die EU-Mitglieder als auch Kanada und die USA sind demokratische Rechtsstaaten mit einem funktionierenden Rechtssystem. „Da müssen wir aufpassen, dass da kein paralleles privates Rechtssystem geschaffen wird, das die staatliche Souveränität einschränkt“, warnt Jan Stöß. Auch dürfe bei den Verhandlungen die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in Frage gestellt werden: „Da haben wir in Deutschland eine ganz andere Tradition als in den angelsächsischen Staaten.“

TTIP und CETA dürfen nicht dazu führen, dass öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden müssen oder dass für die Zukunft Rekommunalisierung ausgeschlossen wird.“ Auch im Kulturbereich sieht Jan Stöß noch Klärungsbedarf: „Hier müssten die Finanzierungs- und Förderungsformen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und für Kulturinstitutionen weiterhin möglich bleiben, ebenso die Buchpreisbindung.“

Die SPD wird sich voraussichtlich im Juni erneut auf einem Parteikonvent mit TTIP und CETA befassen. Bis dahin werden die geplanten Abkommen in der Partei intensiv diskutiert. *R. H.*

Das ganze Jahr Karneval der Esskulturen

„Street Food“ in Berlin: Schnelles, leckeres Essen auf die Hand – aber immer frisch zubereitet

Ist es nur eine Mode oder ändert sich die Esskultur in Berlin? Seit nicht einmal zwei Jahren macht ein Begriff die Runde in der Stadt: „Street Food“. Essen vom Imbisswagen oder -stand. Haben wir doch längst, werden manche sagen: Currywurstbuden, Dönerimbisse und vieles mehr.

Falsch: Street Food bedeutet nicht, Bratwurst vom Großhandel auf den Grill zu legen oder fertige Dönerspieße vom türkischen Großmetzger drehen zu lassen. Street Food wird immer frisch zubereitet, ist sozusagen „richtige“ Küche ohne Restaurant.

Street Food gibt es überall auf der Welt: Von den Garküchen am Straßenrand in Ostasien über die Tacos-Verkäufer in Lateinamerika, die Couscous-Stände in Nordafrika, die Trippa-Buden mit ihren Kutteln in Florenz bis zu den Fischbuden an der Nordsee. Und da Berlin heute eine Stadt ist, in der Menschen aus



„La Tortilla Atomica“ nennt sich diese Gruppe, die jeden Donnerstag in der „Markthalle Neun“ mexikanische Gerichte zubereitet. Sie ist aus Studierenden der TU entstanden.

Foto: Ulrich Rosenbaum

aller Herren Länder leben und sich präsentieren, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Welle die Spree erreichte.

Den Anfang nahm alles mal wieder in der Markthalle Neun in Kreuzberg, der kulinarischen Ideenschmiede. Hier gibt es seit

einiger Zeit jeden Donnerstag ab 17 Uhr den „Street Food Thursday“. Schnell waren die Nachahmer zur Stelle: In der „Neuen Heimat“ auf dem RAW-Gelände neben dem Bahnhof Warschauer Brücke dampft es jeden Sonntag ab 12 Uhr an den multikulturellen Ess-Sta-

tionen. Auch der Bite Club veranstaltet hin und wieder Street-Food-Events, und seit 2014 hat Berlinale-Chef Dieter Kosslick Street Food entdeckt: Dieses Jahr standen zum zweiten Mal fünf Imbisswagen gegenüber dem Berlinale-Palast.

Die meisten Wagen und

Stände findet man nach wie vor in der Markthalle Neun, wo sich donnerstags bis zu 10.000 Besucher drängeln. Hier gibt es auch die größte Vielfalt, und so manchen Anbieter sieht man auch bei den anderen Events. Oft sind es Studenten oder Migranten aus aller Herren

Länder, die sich hier eine Existenz aufbauen, indem sie die Küche ihrer Heimat vorzeigen.

„Tortilla Atomica“ zum Beispiel wurde von mexikanischen Studierenden der TU Berlin gegründet und bietet gefüllte Teigfladen und anderes aus der Heimat an. Ähnlich „Maria Maria Arepa“ aus Venezuela. Es gibt einen Stand mit Bulgogi-Burgern aus Korea – hergestellt mit mariniertem Fleisch. Ein Japaner zieht auf kunstvolle Art Nudeln für die Nudelsuppe. Vietnamesen zeigen, dass ihre wahre Heimatküche etwas anderes ist als das, was man von Asia-Imbissen kennt. Es gibt afrikanische Spezialitäten, aber auch ein paar deutsche Anbieter wie Lüske aus Lichterfelde mit frisch zubereiteten Wildgerichten. Selbst Anbieter von Veggie-Gerichten gibt es bereits.

Allerdings: Für Billigesser ist Streetfood keine Alternative. Denn gutes Genuss-Handwerk hat seinen Preis.

Ulrich Rosenbaum

Der Scheinwelt-Architekt Tage der Befreiung

Wie Ken Adam Raum für James Bond oder Dr. Seltsam schuf



Entwurf zu „Blofeld's Volcano Lair“ für den Bond-Film „You only live twice“ aus dem Jahr 1967.

© Sir Ken Adam / Quelle: Deutsche Kinemathek – Ken Adam Archiv

Kühles futuristisches Ambiente mit scheinbar frei schwebenden Ebenen, Uniformierte wirken darin wie Ameisen – hier braut sich das Unheil gegen den Rest der Welt zusammen. Fast. „Willkommen, Mr. Bond!“ Man kennt die Szenerie, die bald Schauplatz eines furiosen Action-Finales wird. Der Baumeister für das Böse der sieben Bond-Filme ist ein Mann, der einer spektakulären Filmstory zu Beginn mit perspektivischen Linien ein Zuhause gibt. Man nennt ihn in Filmkreisen „Production Designer“. Willkommen in Berlin, Mr. Adam!

Das Museum für Film und Fernsehen am Potsdamer Platz zeigt einen beeindruckenden Querschnitt des Schaffens von Ken Adam – wie zum Beispiel die Entwürfe der viktorianischen Salons für Sherlock Holmes, das schräge Wohndomi-

zil der schrecklichen Adams-Family, den Palast des letzten chinesischen Kaisers und nicht zuletzt die Film-Sets von 007.

Seinen künstlerischen Durchbruch schaffte Adam mit dem „War-Room“ im Film von Stanley Kubrick „Dr. Seltsam oder wie ich die Bombe lieben lernte“. Mit seinen Entwürfen für einige Dutzend Filme von Weltgeltung war es ihm gelungen, die Emotionen der Filmstory auf das Ambiente zu übertragen. Adam wurde mit zwei Oscars für Filmausstattungen ausgezeichnet und erhielt einen Stern auf dem Boulevard der Stars in Berlin.

Ken Adam hat sein dokumentiertes künstlerisches Schaffen 2012 der Deutschen Kinemathek übergeben, die diese Ausstellung ermöglicht hat. Ken Adam hat Berliner Wurzeln. Er wurde 1921 als Klaus Hugo

Adam, Sohn eines jüdischen Textilkaufmanns, in Berlin geboren, besuchte das französische Gymnasium und befasste sich als Kind mit der bildenden Kunst. Sein ältester Bruder drängte die Familie 1934 dazu, Hitler-Deutschland zu verlassen und nach Großbritannien zu gehen. In London studierte Ken (Klaus) Adam Architektur, arbeitete in Architekturbüros und entwarf ab den frühen 1950er Jahren Szenenbilder für Filmproduktionen. Mit großem Erfolg.

Die Ausstellung „Ken Adam's Film Design“ ist bis zum 17. Mai 2015 in der Deutschen Kinemathek, Museum für Film und Fernsehen, Potsdamer Straße 2, zu sehen. Geöffnet Dienstag – Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt 5 Euro.

Nach der Ausstellung ist sein Wirken auf www.ken-adam-archiv.de zu sehen.

Gunter Lange

Cornelius Ryans Schilderung der letzten Kriegstage in einer Neuauflage erschienen

Es ist die Geschichte weniger Tage und zugleich die des Endes einer mörderischen Diktatur. Am Montag, dem 16. April um 4 Uhr morgens startete die Rote Armee ihren Angriff auf Berlin, am 2. Mai ergaben sich die letzten deutschen Verbände in der Hauptstadt. Cornelius Ryan, im Zweiten Weltkrieg Kriegsberichterstatte für den Londoner Daily Telegraph, hat diesen „Letzten Kampf“ um Berlin in einem 1966 erschienenen Buch nachgezeichnet. 70 Jahre nach Kriegsende liegt es jetzt in einer Neuauflage wieder vor.

Als „historische Collage mit den Zügen eines packenden Tatsachenromans“ beschreibt der Historiker Johannes Hürter das Buch in seinem Vorwort. Grundlage Ryans, dessen eindringliche Kriegsschilderungen „Der längste Tag“ (1959) und „Die Brücke von Arnheim“ (1974) verfilmt wurden, war eine umfangreiche Materialsammlung mit 969 schriftlichen Befragungen und 172 Zeitzeugeninterviews, mit der Auswertung von Tagebüchern, Militärakten und Briefen. Entstanden ist jedoch keine historische Arbeit, sondern ein Mosaik sehr persönlich gezeichneter Schicksale aus den Machtzentren genauso wie aus dem Alltag in Berlin. Sie geben einen Einblick in das Leben in der durch Bombenangriffe weitgehend zerstörten Stadt, in der dennoch die Bahnen fahren, die

Milch ausgefahren und die Post zugestellt wird, in der Menschen in Verstecken die Befreiung herbeisehnen, Jugendliche in die letzten Kämpfe geschickt werden und Frauen in Sorge um ihr Leben und das ihrer Kinder das Ende der Kämpfe erwarten.

Ryan schildert die militärischen Überlegungen in den Stäben, den Vormarsch der Alliierten, die Frage, ob amerikanische, britische oder russische Truppen zuerst die deutsche Hauptstadt erreichen. Der amerikanische Oberbefehlshaber Eisenhower entscheidet, wohl auch über den Kopf der Briten hinweg, dass Berlin kein besonders wichtiges Ziel

mehr ist“, sondern „nichts weiter als ein geographischer Ort“. Auch für Hitler bedeutet es nichts weiter, er gibt dem zur Verteidigung eingesetzten Kampfkommandanten Reymann den Befehl, Brücken und wichtige Gebäude in der Innenstadt zu zerstören, um einen Vormarsch zu behindern, ein Befehl, der nur unvollständig befolgt wird. Wohl über 150.000 Zivilisten sterben in den letzten Kriegstagen in Berlin, die sowjetischen Stellen geben die Zahl ihrer gefallenen Soldaten mit über 100.000 an. Opfer für die Befreiung von einer mörderischen Diktatur.

Geschrieben wurde das Buch in der Hochphase des Kalten Kriegs, was sich in der Dramaturgie Ryans, aber auch in der unterschwelligen Wertung der westalliierten gegenüber den sowjetischen Soldaten und Offizieren niederschlägt. Die Lektüre, so der Historiker Hürter, setze den „kritischen, informierten Leser“ voraus. Der findet darin dann eine Fülle von Details und Erlebnissen, ohne sich jeder Wertung anschließen zu müssen. Und er findet Willy Brandts Mahnung im Vorwort zur Erstausgabe 1966: „Wer miterlebt und mitemtschieden hat, wie die größte Trümmerwüste in diesem Teil der Welt mit neuem Leben erfüllt wurde, der muss hoffen, dass die Lehren von 1945 – und der Jahre, die dorthin führten – nicht verlorengehen.“

U.H.



Der letzte Kampf, von Cornelius Ryan (Autor), Willy Brandt (Vorwort), Johannes Hürter (Einleitung), gebundene Ausgabe, Konrad Theiss Verlag, Januar 2015, 480 Seiten ISBN-13: 978-3806230260, 29,95 EUR

Gut zu wissen ...

Der Stadtblatt-Service: Tipps zu Bankgebühren, Werbung im Netz, Steuern, Masern-Impfung und Mietrecht



Papiergebundene Überweisungen: Viele Banken wollen dafür zusätzliche Gebühren nehmen. Foto: fotolia.com · Denis Junker

BANKGEBÜHREN

Viele Banken verlangen von ihren Kunden neuerdings Gebühren für jede einzelne Überweisung, die nicht online erfolgt.

Dies trifft vor allem ältere Kundinnen und Kunden und Personen mit geringem Einkommen. „Das Einreichen einer bestimmten Anzahl von Papier-Überweisungen sollte für alle kostenlos sein“, fordert die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Elvira Drobinski-Weiß. „Insbesondere ältere Kunden haben oft keinen Internetanschluss oder tun sich schwer ihre Überweisungen an den Automaten der Filialen selbst einzugeben.“

Derzeit hilft nur ein Vergleich der verschiedenen Kontenarten. So kann es günstiger sein, eine monatliche Kontoführungsgebühr

in Kauf zu nehmen, statt für jede Papier-Überweisung einzeln zu zahlen. Möglich ist auch der Wechsel zu einer Bank, die noch keine solchen Gebühren erhebt.

ONLINE-WERBUNG

Viele kennen das: Da hat man gerade bei einer Online-Apotheke nach Gripemitteln gesucht – und schon wimmelt es auf Facebook vor Werbung für Taschentücher.

Manchmal gibt solche personalisierte Werbung im Internet interessante Anregungen, aber nicht immer ist sie erwünscht. Facebook-Nutzer stimmten bei der jüngsten Änderung der Datenschutzrichtlinie sogar ausdrücklich der Auswertung ihrer Internetnutzung durch das soziale Netzwerk zu. Dennoch haben auch sie eine Möglichkeit, solche

nutzungsorientierte Online-Werbung auf der Seite www.youronlinechoices.com – unter „Präferenzmanagement“ – auszuschalten. Dabei wird auf dem PC des Nutzers ein „Cookie“, eine kleine Textinformation, abgelegt, der die Rückmeldung der besuchten Seiten verhindert. Solche Cookies, die über den Internetbrowser auf den PC wandern, liefern auch die Informationen für die Werbefirmen.

STEUERERKLÄRUNG

Am 31. Mai 2015 läuft die Frist zur Abgabe der Steuererklärung für das Jahr 2014 ab.

Verpflichtet zur Steuererklärung sind u.a. alle ArbeitnehmerInnen, die einen Freibetrag für den Lohnsteuerabzug beantragt haben oder die zusätzliche Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit haben. Zudem müssen berufstätige Ehe-

paare eine Erklärung abgeben, wenn einer von beiden die Steuerklasse V oder VI hat.

Einige Änderungen sind für 2014 zu berücksichtigen. So gilt ein neuer Grundfreibetrag von 8.354 Euro, neue Pauschalen bei den Reisekosten und – sofern mehrere Arbeitsstätten vorhanden sind – die Festlegung auf eine erste Tätigkeitsstätte, für die die Entfernungspauschale gilt. Für andere Tätigkeitsstätten können Reisekosten abgesetzt werden.

Steuerlich anerkannt wird jetzt auch eine Basis- bzw. Rürup-Rente, die Berufsunfähigkeit oder verminderte Erwerbsfähigkeit absichert, sofern im Ernstfall eine lebenslange Rente gezahlt wird.

Die Steuererklärung kann online ausgefüllt werden. Neben handelsüblichen Programmen gibt es dazu die Elsterformulare auf <https://www.elsteronline.de>.



Steuererklärung für das Jahr 2014: Die Änderungen kommen vielen Berufstätigen zugute. Foto: fotolia.com · jovanmadic



Kleiner Pieks, große Wirkung: Das Impfrisiko ist deutlich niedriger als das Risiko im Krankheitsfall. Foto: fotolia.com · rdnl

IMPFGUNG GEGEN MASERN

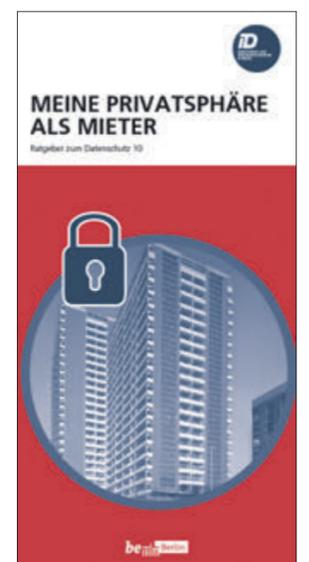
Seit Oktober vergangenen Jahres treten in Berlin gehäuft Fälle von Masern auf.

Allein in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres wurden über 360 Fälle gemeldet. Mehr als die Hälfte der Erkrankungen in Deutschland betreffen heute Jugendliche über 10 Jahren und Erwachsene, denen der Impfschutz fehlt.

Da es sich um eine hoch ansteckende Krankheit handelt, empfiehlt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung allen nach 1970 geborenen Erwachsenen eine Masernimpfung, sofern sie bislang nicht oder in der Kindheit nur einmal geimpft wurden. Kleinkinder sollten zwischen dem 11. und 14. Monat das erste Mal und vier Wochen später ein zweites Mal geimpft werden.

DATENSCHUTZ FÜR MIETER

Welche persönlichen Daten müssen Mieterinnen und Mieter preisgeben, wenn sie sich um eine Wohnung bewerben? Wen muss ein Mieter in die Wohnung lassen? Wie steht es um den Einbau von Videoüberwachungsanlagen in Mehrfamilienhäusern?



Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: 10 BÜCHER ZUR GESCHICHTE BERLINS

WAAGERECHT

UMLAUTE = 1 BUCHSTABE

- 1 Maß dafür, wie sauer oder basisch eine wässrige Lösung ist
4 glatt bis zum Hinfallen

- 9 (Knochen)fisch des Jahres 2011
10 SPD-Politikerin und erste Oberbürgermeisterin Berlins
11 Wüstenwunder

- 12 Berliner, die Berlin einst Sommersprossen verpasste
13 Berliner Senatorin und Bürgermeisterin
15 Pingeligkeit

- 16 9. Buchstabe des griechischen Alphabets
19 Pferdegangart
20 chemisches Element mit der Ordnungszahl 67
23 Lohhudelei
24 wenn Wild weidet
25 Biosphärenturm mitten im Amazonas-Regenwald
27 Fassungsvermögen, aber auch Top-Expertin
28 gertenschlanker Andenstaat
29 hier steht und liegt was rum
30 Avantgarde auf deutsch

SENKRECHT

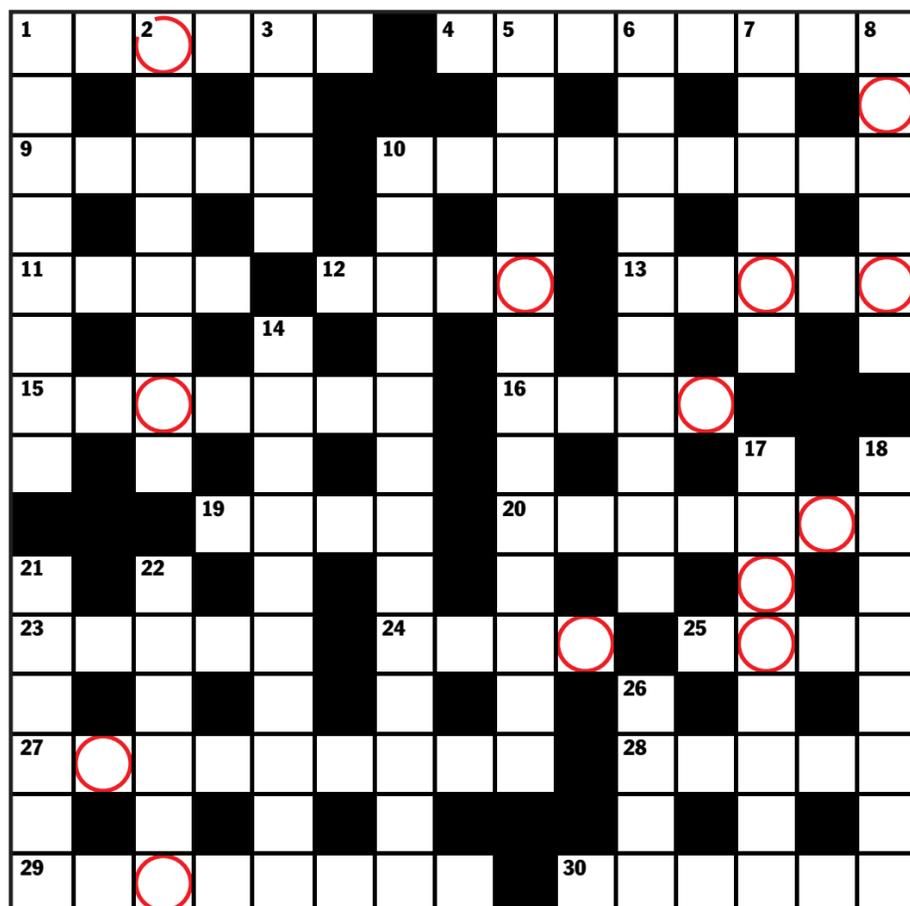
UMLAUTE = 1 BUCHSTABE

- 1 Backenzahn im Gebiss der Säugetiere
2 leblos, totenstarr
3 Einschlagkrater bei Nördlingen
5 galant geht anders erstarrt
7 viel zu schnell zu Werke gehen
8 Grundbestandteil des Bieres
10 Blattdroge, vom Propheten Mohammed empfohlen
14 Dolmetscher
17 berühmte Berliner, begraben in Friedenu
18 wenn der Mann nicht mehr kann derzeit unbeliebt bei Griechen

- 22 laut, bunt und auffällig
26 Musikpreis, der in Berlin verliehen wird

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine Bezeichnung eines Sonntags im März, der an Gleichberechtigung erinnert.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 13. April 2015 per Post an: Berliner Stadtblatt Müllerstraße 163 13353 Berlin oder per E-Mail an: raetsel@berliner-stadtblatt.de Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Bücher zur Geschichte Berlins. JoS / U.H.



Auf diese und weitere Fragen gibt ein neu erscheinender Ratgeber Auskunft, der vom Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Alexander Dix, und dem Berliner Mieterverein herausgegeben wurde. So geht einen Vermieter beispielsweise ein möglicher Kinderwunsch seiner Mieter ebenso wenig etwas an wie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Und Videoüberwachung findet da ihre Grenzen, wo der Mieter seine Wohnung nicht mehr unbeobachtet verlassen und betreten kann.

Die Broschüre ist kostenlos beim Berliner Mieterverein und beim Berliner Datenschutzbeauftragten erhältlich. Sie kann auch im Internet abgerufen werden: berliner-mieterverein.de und datenschutz-berlin.de

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken und Berlin-Beilage (Seiten 3 bis 6) zu den Bezirksausgaben in Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Dennis Buchner (V.i.S.d.P.), Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus

Grafik: Hans Kegel

Olympische Spiele in Berlin?

Nach dem Willen des Senats soll Berlin Gastgeber der Olympischen Sommerspiele 2024 werden. Die erste Hürde muss Ende März beim Deutschen Olympischen Sportbund genommen werden, der die Wahl zwischen Berlin und Hamburg hat. Sollte die Hauptstadt den nationalen Wettstreit gewinnen, wird die Bevölkerung im Herbst

nach ihrer Meinung gefragt werden. Spätestens seit der gescheiterten Bewerbung für das Jahr 2000 ist das Olympiathema in Berlin umstritten. Wir warten in dieser Ausgabe mit einem Novum auf: Dem uneingeschränkten Ja steht kein Nein, sondern ein kräftiges Ja, aber gegenüber.



Dennis Buchner, Sportpolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus

Für mich ist klar: Ich will die Spiele in Berlin, weil das ein Sportsommer sein wird, der das friedliche und verbindende des Sports in einer tollen Stadt verdeutlicht, weil die Spiele Kinder und Jugendliche zum Sporttreiben bringen und weil die Spiele zu Berlin, das eine echte Metropole ist, passen.

Ich will sie aber vor allem, weil sie es ermöglichen, in dieser Stadt in den nächsten zehn Jahren Milliarden zu investieren, von denen Berlin nur einen kleineren

Teil selbst bezahlen muss.

Olympische und Paralympische Spiele sind eine gigantische Chance, in erheblichem Maße in die Sportanlagen dieser Stadt zu investieren, sowohl in die großen Anlagen als auch auf den kleinen Anlagen in den Bezirken, die als Trainingsstätten gebraucht werden. Sie wären ein massiver Impuls für die Barrierefreiheit in der Stadt.

Mehr als 5000 Wohnungen eines olympischen Dorfs stehen dem Berliner Mietwohnungsmarkt danach gut

Ja

zu Gesicht. Und natürlich profitiert Berlin nachhaltig davon, rund zehn Jahre mit den olympischen Ringen für sich werben zu können. Bei den Spielen schauen mehr als drei Milliarden Menschen an den Bildschirmen auf unsere Stadt.

In der öffentlichen Debatte wird gern so getan, als ob Berlin entscheiden könnte, Geld für die Spiele oder aber andere notwendige Dinge ausgeben zu können.

Das Gegenteil ist richtig: Erst die Spiele würden es möglich machen, Milliardenzuschüsse des IOC, des Bundes, aus Sportlotterien und dem Verkauf von Briefmarken und Gedenkmünzen in unsere Stadt zu lenken.

Fernab aller sportlichen Romantik: Genau das ist der Grund, warum sich die Metropolen dieser Welt bis heute um die Spiele reißen. Und warum es dumm wäre, in Berlin auf diese Chance zu verzichten.

Ja, aber

Ich bin sportbegeistert, berlinbegeistert und habe durchaus Sympathie für Großveranstaltungen. Ich bringe beste Voraussetzungen mit, um ein großer Olympia-Fan zu sein. Doch ich bin auch für Meinungsfreiheit, Bescheidenheit und gegen Innenstädte, die nach Disneyland aussehen. Leider macht mich das nach Sotschi, London und Peking zum potenziellen Gegner Olympischer Spiele. Was nun?

Ich möchte ungerne gegen etwas, sondern viel lieber für etwas sein. Und ich möchte eine Debatte über Olympia, die mehr als nur ein lautstarres „Ja“ oder „Nein!“ zulässt. Ich bin für Olympische Spiele in Berlin, wenn wir nicht gezwungen sind, alle Fehler der letzten Spiele zu wiederholen. Ich bin für Olympia, wenn SportlerInnen und ZuschauerInnen ihre Meinungen nicht zuhause lassen müssen. Ich bin für Olympia, wenn der völligen Vermarktung Einhalt geboten wird. Und



Kevin Kühnert, Landesvorsitzender der Jusos Berlin

ich bin für Olympia, wenn über dieses strahlende Event hinweg nicht die großen und kleinen Alltagsorgen unserer Stadt in den Hintergrund rücken. Eigentlich sind das alles keine anmaßenden Forderungen, oder?

Ich unterstütze die Bewerbung Berlins, weil ich an den gesunden Menschenverstand glaube. Es muss doch einfach allen Beteiligten klar sein, dass ein autoritär organisiertes Großereignis - gemacht für globale Konzerne und TV-Stationen - in dieser Stadt mit diesen Menschen nicht funk-

tioniert. Stattdessen können wir nach den braunen Spielen 1936 zeigen, dass wir weltoffene Spiele auszurichten in der Lage sind. Solche, die zu Berlin passen. SportlerInnen in Bussen und Bahnen, ein Späti im Olympischen Dorf, die Teilnahme von „staatenlosen“ SportlerInnen und eine Kunst- und Kulturolympiade, die Olympia in unsere Kieze trägt. Wenn das schon so alternativ ist, dann verzichte ich gerne. Aber wenn die Idee andere so begeistert wie mich, dann freue ich mich auf Olympia 2024 in Berlin.

Die „Pille danach“

Tauziehen erfolgreich beendet

Nach jahrelangem Streit ist das Tauziehen um die „Pille danach“ beendet. Vom 15. März an gibt es 2 Präparate rezeptfrei in deutschen Apotheken zu kaufen. Die Einnahme der „Pille danach“ schützt vor ungewollten Schwangerschaften. Sie ist kein Mittel zur Abtreibung, sondern eines für den Notfall nach einer Verhütungspanne oder einer Vergewaltigung. Bislang war ausschließlich das Medikament mit dem Markennamen PiDaNa mit einem Rezept zu erhalten.

Seit 2002 wurde über ein Ende der Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ debattiert. Angestoßen wurde die Diskussion durch die Resolution des Europäischen Parlaments über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte.

In Deutschland wurde das Thema zum Politikum. Moralische und religiöse Bedenken wurden laut. Ärztenverbände protestierten. Initiativen zur Rezeptfreiheit wurden abgeschmettert, so auch mein Antrag, den ich 2012 in den Deutschen Bundestag einbrachte.

Dabei hatte sich der rezeptfreie Verkauf der „Pille danach“ in etwa 80 Ländern bewährt. Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Fachleute vom Bundesinstitut für



Mechthild Rawert, MdB

Arzneimittel und Medizinprodukte waren dafür. Anschaulich wurde das Problem durch die skandalöse Weigerung zweier katholischer Kliniken in Köln, einer vergewaltigten jungen Frau ein Rezept auszustellen.

Die „Pille danach“ muss spätestens 72 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden, damit der Inhaltsstoff Levonorgestrel noch wirken kann. Je früher das Präparat eingenommen werden kann, desto sicherer verhütet es eine Schwangerschaft. Die Suche nach einer Praxis oder einer Klinik, die bereit ist, das Rezept auszustellen, bedeutet

Zeitverlust und mancherorts auch einen Spießrutenlauf.

DANK EU NUN DOCH REZEPTFREIHEIT

Im November 2014 überraschte die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) mit der Entscheidung, das neue Medikament EllaOne mit dem Wirkstoff Ulipristal europaweit und rezeptfrei zu verkaufen. Die EU-Kommission ist dieser Empfehlung im Januar gefolgt. Damit gibt es EllaOne ab Mitte März nun auch in Deutschland.

Auch das Pionierprodukt PiDaNa ist nun ebenfalls ohne Rezept zu bekommen. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) ließ seine Bedenken fallen. Für Frauen unter 20 soll bis April die Kostenübernahme durch die Krankenkassen ebenso geregelt sein wie ein Beratungskonzept für Apotheken.

Merke: Ausdauer und Leidenschaft für ein Thema bringen auch in der Politik Erfolge. Mit der Rezeptfreiheit der „Pille danach“ ist ein weiterer Schritt zu mehr Selbstbestimmung getan.

Mechthild Rawert

mechthild-rawert.de

Asylbewerber: Wartezeit nutzen

Berliner Netzwerk hilft Betrieben und Flüchtlingen

In Deutschland fehlen Facharbeiter – so die allgemeine Klage von Unternehmen und Politik. Deshalb soll ein Einwanderungsgesetz her, quasi ein Anwerbeprojekt für geeignete Arbeitskräfte im Ausland. Über die Notwendigkeit wird in der Koalition heftig gestritten.

Viele Fachleute empfehlen deshalb, sich doch mal bei den Migranten umzusehen, die schon in Deutschland sind. Immer mehr Flüchtlinge finden hier eine Zuflucht, die bereits in ihrer Heimat eine Ausbildung begonnen oder einen Beruf ausgeübt haben. Jugendlichen sollte eine reguläre Ausbildung ermöglicht werden, fordert Hans Peter Wollseifer, Handwerkspräsident. Dafür ist aber die von den Ausländerbehörden gewährte Aufenthaltsdauer zu kurz und noch dazu regional sehr unterschiedlich geregelt, wie das IAB herausgefunden hat. Die Wissenschaftler fordern deshalb die Einrichtung von Netzwerken, die vor Ort die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Politik und Betrieben fördern.

In Berlin gibt es seit Dezember 2014 ein solches Netzwerk: ARRIVO. Gestartet wurde die Initiative von Arbeitssenatorin Dilek Kolat, dem Berliner Netzwerk für Bleiberecht „bridge“ und



Netzwerk ARRIVO: Flüchtlinge bringen ihre Fähigkeiten ein
Bild: Fred Moseley

Handwerkskammerpräsident Stephan Schwarz; das JugendKunst- und Kulturhaus Schlesische 27 erstellte das Konzept. Es sieht vor, dass die Flüchtlinge, unterstützt von Handwerker-Innungen, zunächst einen „Übungswerkstätten-Parkour“ durchlaufen, um Kenntnisse und Begabungen der Flüchtlinge zu erkennen. Danach werden sie in entsprechende Praktika vermittelt.

„Flüchtlinge kommen in der derzeitigen Diskussion oft nur einseitig vor. Ein Großteil der Flüchtlinge könnte einer Ausbildung und Beschäftigung nachgehen“, so Dilek Kolat. „Viele von Ihnen wollen nicht von staatlichen Transferleistungen leben. Sie wollen sich einbringen und arbeiten.“

Vier Flüchtlinge aus Afrika, Pakistan und Serbien konnten bereits auf Praktikumsstellen vermittelt werden, u.a. an die Firma

Testing in Tempelhof. Nach vier Wochen wird dann entschieden, ob Praktikant, Tätigkeit und Firma zusammenpassen.

Gesucht werden Handwerksbetriebe oder Unternehmen aus dem Bereich Pflege und Gesundheit, aber auch Hotel- und Gaststättengewerbe, die bereit sind, Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen.

Petra Rudolphi-Korte
SPD Temp.-Sbg, AG Migration

KONTAKT

Internationales JugendKunst- und Kulturhaus Schlesische 27

Standort
Übungswerkstätten
Schlesische Straße 13
10997 Berlin
Tel.: 030 611 8042
info@arrivo-berlin.de

Schlaglichter Frauen in der Kultur



30 Jahre Frauenmärz in Tempelhof und Schöneberg 7. bis 28. März 2015

So 08.03. | 17 - 19 Uhr
Women in jazz: Musik, Tanz, Tanzanimation
BEGINE, Treffpunkt und Kultur für Frauen,
Potsdamer Straße 139,
10783 Berlin

Mi 11.03. | 14:45 Uhr
Dilek Kolat lädt zur Führung durch das Berliner Rathaus
Anmeldung erforderlich:
91 50 27 00
Berliner Rathaus,
Rathausstraße 15,
10178 Berlin

Fr 13.03. | 15:30 Uhr
Vorträge & Workshops: Die UTS-Frauen stellen sich vor
Rathaus Schöneberg,
2.OG, John-F.-Kennedy-
Platz, 10825 Berlin

Sa 14.03. | 11 Uhr
Mechthild Rawert lädt ein zur: Kunst- & Architekturführung
Anmeldung erforderlich:
Tel.: 22773750
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Sa 14.03. | 20 Uhr
Chansons mit Maila Barthel und Frank Augustin: Bin ich knief?
Rathaus Schöneberg,
Goldener Saal, John-F.-
Kennedy-Platz,
10825 Berlin

So 15.03. | 17 Uhr
Finissage - Fotografien von Judy Linn: as if it is as it is of
Haus am Kleistpark,
Kommunale Galerie,
Grunewaldstraße 6/7,
10823 Berlin

Do 19.03. | 19 Uhr
Lesung & Gespräch: Sisterhood - eine Sehnsucht
BEGINE, Treffpunkt und Kultur für Frauen,
Potsdamer Straße 139,
10783 Berlin

Do 19.03. | 19 Uhr
Frauenmuseum Berlin präsentiert die Ausstellung TANDEM
Galerie Rathaus Tempelhof, Tempelhofer Damm 165, 12099 Berlin

Fr 20.03. | 20 Uhr
Party: Burundanga in Concert
BEGINE, Treffpunkt und Kultur für Frauen,
Potsdamer Straße 139,
10783 Berlin

Sa 21.03. | 20 Uhr
Märchen: Tanna, die Königin der Felsgeborenen
Rathaus Schöneberg,
Theodor-Heuss-Saal,
John-F.-Kennedy-Platz,
10825 Berlin

So 22.03. | 16 Uhr
Autorenlesung LIT - Traum und Wirklichkeit
ufaFabrik, Kinosaal,
Viktoriastraße 10-18,
12105 Berlin

Mi 25.03. | 20 Uhr
Krimi-Lesung: Der Schneegänger - Der zweite Fall für Sanela Beara
Bezirkszentralbibliothek
Eva-Maria-Buch-Haus,
Götzstraße 8/10/12,
12099 Berlin

Fr 27.03. | 8 Uhr
Politische Tagesfahrt mit Mechthild Rawert
Anmeldung erforderlich:
Tel. 720 13 884

Sa 27.03. | 11 & 16 Uhr
Audiowalk: Geschichten, wie sie das Leben schreibt
Alt-Mariendorf 32
(Alt-Mariendorf Ecke
Mariendorfer Damm)
12107 Berlin



Zeichnung von Petra Rudolphi-Korte

Jugend Museum

Anschläge, wie der Brandanschlag in Solingen, bei dem fünf junge Frauen und Mädchen starben, oder als unter dem Beifall von Schaulustigen in Rostock-Lichtenhagen ein Asylbewerberheim in Brand gesteckt wurde, führten in Schöneberg zu der Überlegung, was man unternehmen könne, um solche Übergriffe in Zukunft zu verhindern.

Die Idee, einen Erlebnisort mit vielen echten Objekten und interkulturellen Angeboten und wahren Lebensgeschichten zu schaffen, war schnell geboren. 1995 entstand das Jugend Museum

Schöneberg, das heute seinen jungen Besuchern einen intersegeleiteten Zugang zu Geschichte bietet. Kinder und Jugendliche können experimentieren und werden dazu aufgefordert, selbst aktiv zu werden: als Forscherin oder Forscher vor Ort und im Stadtraum, beim szenischen Spiel und kreativen Gestalten.

Für Schulklassen entwickelt das Team rund um die Leiterin Frau Zwaka wechselnde Modellprojekte, die Lust auf Geschichte machen und zur Diskussion anregen.

Melanie Kühnemann
www.jugendmuseum.de

KUNST IM KIEZ



Foto: Doris Hinzen-Röhrig

Am 17. April 2015 ab 19.00 Uhr gibt es wieder eine Ausstellungseröffnung mit Buffet und Getränken im Bürgerbüro von Dilek Kolat. Silvia Sinha präsentiert Architekturfotografie „Brandmauern“ mit dem besonderen Blick auf Strukturen, Licht und Farben.

WAHLKREISBÜRO DILEK KOLAT

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Schmiljanstraße 17 | Berlin Friedenau
030 91 50 27 00 | wahlkreisbuero@dilek-kolat.com
geöffnet Di 15 - 18 Uhr, Mi 15 - 17 Uhr, Do 11 - 14 Uhr

Bis dahin haben Sie noch Gelegenheit, die „Stadtlandschaften“ des Friedenauer Künstlers Thomas Boenisch zu genießen!

FÜR SIE VOR ORT

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Hauptstr. 100,
10827 Berlin (Schöneberg)
Tel: 030 7812283
Fax: 030 78001217
kreis.tempelhof-schoeneberg@spd.de
spd-tempelhof-schoeneberg.de

BUNDESTAGSABGEORDNETE - WAHLKREISBÜRO

Mechthild Rawert
Friedrich-Wilhelm-Str. 86,
12099 Berlin (Tempelhof)
Tel: 030 72013884
Fax: 030 72013994
mechthild.rawert.wk@bundestag.de
www.mechthild-rawert.de

ABGEORDNETE BERLIN - WAHLKREISBÜROS

Dilek Kolat | Friedenau
Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
Tel: 030 91502700
www.dilek-kolat.com
Michael Müller | Tempelhof
Manfred-von-Richth.-Str. 19,
12101 Berlin
Tel: 030 81828330
www.michael-mueller-spd.de
Lars Oberg | Schöneberg
Hauptstr. 8, 10827 Berlin
Tel: 030 30362103
www.lars-oberg.de
Frank Zimmermann |
Mariendorf
Eisenacher Straße 72, 12109 B
Tel: 030 70781714
www.frank-zimmermann.net

Bürgermeisterin der Herzen

Berühmte Berlinerinnen: Louise Schroeder regierte die Stadt während der Blockade

Louise Schroeder, 1887 in Hamburg geboren, war nach dem 2. Weltkrieg Bürgermeisterin in unserer Stadt. Sie war die Politikerin, der das Herz der Berliner gehörte wegen ihrer Wärme und Herzlichkeit und wegen ihrer Standfestigkeit während der Berlin-Blockade. Die Berliner SPD warb 1948 „Wer klug ist, der wählt diese – unsere liebe Louise!“. Das Ergebnis mit 64,5 % der Stimmen wurde nie wieder erreicht.

Louise Schroeder, jüngstes von vier Kindern in einer sozialistisch orientierten Arbeiterfamilie, besuchte eine Gewerbeschule, arbeitete als Sekretärin, und mit dem Vater als Vorbild trat sie 1910 in die SPD ein, wurde in den Vorstand der SPD in Altona-Ottensen gewählt, wurde Stadtverordnete und gehörte ab 1919 als eines der jüngsten Mitglieder der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar an. Danach war sie Reichstagsabgeordnete bis zur Machtübernahme der Nazis 1933. Sie war gemeinsam mit Marie Juchacz maßgebend



Oberbürgermeisterin Louise Schroeder (l.) im April 1947 am Rande der 1. Bezirksdelegiertenkonferenz der Berliner Arbeiterwohlfahrt im Gespräch mit der Reinickendorfer Jugendstadträtin Hertha Beese.

Foto: AWO Landesverband Berlin

an der Gründung der Arbeiterwohlfahrt beteiligt und arbeitete seit 1925 als Dozentin an der Schule der Arbeiterwohlfahrt in Berlin, erhielt 1933 Berufsverbot, kehrte nach Hamburg zurück und versuchte, sich mit einem kleinen Brotladen über Wasser zu halten, was ihr nicht gelang, weil sie z.B. den „Deutschen Gruß“ und das Hissen der Hakenkreuzfahne verweigerte. In Berlin fand sie bis zum

Kriegsende Arbeit, wurde aber mehrfach ausgebombt und wohnte schließlich bei dem ehemaligen Mitglied des Reichstags Alfred Faust in der Friedenauer Peter-Vischer-Str. 5.

Nach dem Kriegsende nahm sie ihre unterbrochene politische Tätigkeit in Schöneberg als Kreisfrauenleiterin wieder auf.

1946 wurde sie von der SPD beauftragt, gemeinsam mit Franz Neumann und Ida Wolff die Arbeiterwohlfahrt

zu reorganisieren und sie wirkte bei der Neugründung der SPD in Berlin mit. Doch die „höchste Erfüllung ihrer politischen Arbeit“ waren die Jahre 1947/48, als sie amtierende Oberbürgermeisterin der Stadt Berlin wurde, weil wegen eines Vetos des sowjetischen Stadtkommandanten Ernst Reuter sein Amt nicht antreten konnte. Und als Ernst Reuter dann 1948 Oberbürgermeister wurde, blieb sie bis 1951 seine Vertreterin.

Trotz angegriffener Gesundheit wurde sie Bundestagsabgeordnete, Delegierte im Europarat in Straßburg und Präsidialmitglied des Deutschen Roten Kreuzes. An ihrem 70. Geburtstag erhielt sie als erste Frau die Ehrenbürgerschaft Berlins und die Ehrendoktorwürde der FU Berlin, an deren Gründung sie maßgeblich beteiligt war. 1957 starb sie und wurde in ihrer Heimatstadt Hamburg beigesetzt. Eine Tafel am Haus ihres letzten Wohnsitzes in der Tempelhofer Boelckestr. 121 erinnert an sie.

Eva Liebchen